

staatsrechtliche, sondern ethnische oder kulturelle Kriterien bestimmt waren und sich von einer revisionistischen in eine expansive Ausrichtung wandelten. In ihren konkreten Ausführungen blieben diese Alternativkonzepte allerdings vage, sodass sich die von L. postulierten Anknüpfungsmöglichkeiten späterer rassistischer Argumentationsstränge ergaben.

So überzeugend die Erkenntnisse aus der Kombination der strukturellen mit der inhaltlichen Analyse des Ostgrenzen-Diskurses auch sind, bringt die strikte darstellerische Trennung von Akteuren und Debatte doch drei gewichtige Probleme mit sich: Zum Ersten verlangt dieser Ansatz einen hohen Grad an Syntheseleistung aus der Sekundärliteratur, hinter dem eine genuine, innovative Quellenarbeit insbesondere im ersten Teil der Studie zu sehr ins Hintertreffen gerät. Dies schmerzt gerade deshalb, da die vorhandenen Interpretationen von Quellentexten und „suggestiven“ Kartendarstellungen und deren Breiten- und Tiefenwirkungen den größten Erkenntnisgewinn der Studie über die bereits wohlerforschten Facetten des Diskurses hinaus bieten. Zum Zweiten zwingt die Struktur zu Redundanzen, führt aber, zum Dritten, gleichzeitig zu teilweise unklaren Gewichtungen. Zwar werden einige Einzelaspekte, wie etwa die Staatsbürgerschaftspraxis (Kap. V.3.3.1), in sich schlüssig und durchaus tiefgreifend argumentiert, ihre Einordnung in den Gesamtkontext der Fragestellung wird aber nur unzureichend deutlich. Andere Themen, die zentraler erscheinen, werden dagegen nur oberflächlich angerissen. So bleibt etwa das „jungkonservative“ Milieu im Gegensatz zu den anderen Akteuren recht unscharf. Darüber hinaus wird zwar die für den deutschsprachigen Raum grundlegende Studie von Gernot Briesewitz zur polnischen Westforschung¹ rezipiert, die polnische Seite in dem als existenziell wahrgenommenen Grenzkonflikt kommt in den Ausführungen jedoch kaum zu Wort. Insgesamt verharret die Studie auf einem zentralen Blickwinkel, der eine Vor-Ort-Perspektive lokaler Akteure an der deutschen Ostgrenze nicht einbezieht.

Die Stärken der Studie liegen somit in ihrer intellektuell beeindruckenden und sprachlich sehr gut lesbaren Syntheseleistung, die in der Quantität der Tiefenanalyse genuin primärer Quellen noch Raum für Ergänzungen offenlässt. Mit den Anregungen aus dieser Studie bleibt ein Blick auf die Ostgrenze damit auch zukünftig lohnenswert.

Freiburg

Johanna Bichlmaier

¹ GERNOT BRIESEWITZ: Raum und Nation in der polnischen Westforschung 1918–1948. Wissenschaftsdiskurse, Raumdeutungen und geopolitische Visionen im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, Osnabrück 2014.

The Politics of Disability in Interwar and Socialist Czechoslovakia. Segregating in the Name of the Nation. Hrsg. von Victoria Schmidt. Amsterdam University Press. Amsterdam 2019. 252 S., Ill. ISBN 978-94-6372-001-4. (€ 99,–.)

In der spätsozialistischen Tschechoslowakei wurden bekanntermaßen in einem beträchtlichen Ausmaß Romafrauen zur Abtreibung und/oder zur Sterilisation gedrängt, um diese Bevölkerungsgruppe an der vermeintlich übermäßigen Fortpflanzung zu hindern. Wie viele Frauen genau den auf der Grundlage einschlägiger Verordnungen geschaffenen Anreizen nachgaben, weiß niemand. Der vorliegenden Studie geht es darum, die politik- und wissenschaftshistorischen Ursachen hierfür zu klären. Das Werk ist von drei Autor*innen verfasst. Neben der Hrsg. Victoria Schmidt, die an allen Teilen des Werks mitgewirkt hat, handelt es sich dabei um den Sonderschul- und Heilpädagogen Karel Paněčka und den Historiker Frank Henschel. Die Hrsg. hat Sozialarbeit studiert, arbeitet aber seit 2011 an dem vorliegenden Projekt. Dies erklärt sich vor dem Hintergrund, dass Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen durch Beratungstätigkeit gegenüber den Roma zur Umsetzung einer Politik der negativen Geburtenkontrolle bzw. Eugenik wesentlich beigezogen haben.

Somit handelt es sich also bei der vorliegenden Studie um den eher seltenen Fall eines wissenschaftlich fundierten und allein in wissenschaftlicher Absicht verfassten histori-

schen Werkes, das vorrangig von Expert*innen nicht-geschichtswissenschaftlicher Disziplinen verfasst wurde und eben die Geschichte dieser Disziplinen thematisiert. Es wird dabei weder eine Aufarbeitung reklamiert noch die Geschichte eines Fachs erzählt. Vielmehr holen die Vf. weit aus, um die Genese der oben geschilderten Praxis nachzuzeichnen. Das Werk reflektiert dabei den aktuellen Forschungsstand sowohl methodisch als auch empirisch auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau; dies gilt sowohl für die historiografischen Werke etwa von Michal Šimůnek zur Eugenik und oder von Zoltan Barany und von Eszter Varsa zu den Roma als auch für die pädagogische und sozialarbeiterische Fachliteratur. Als Quellen dienen darüber hinaus Fachzeitschriften und Veröffentlichungen des Gesundheitsministeriums.

Die zunehmend als störend dargestellte vermeintliche Divergenz der Roma wurde seit den 1970er und 1980er Jahren, so die grundlegende These, als die Folge eines erblichen Defekts betrachtet. Diese These stellt die Verbindung zum Umgang mit körperlicher und geistiger Behinderung dar. Davon ausgehend erschließt die Studie einen weiten Kontext, der Segregation, Aussonderung und Assimilation sowohl der Roma als auch Behinderter seit der Staatsgründung nachzeichnet und aufzeigt, wie die fraglichen Politiken jeweils im nationalen Diskurs verankert wurden. Es wird dabei eindrücklich nachvollzogen, wie die liberalen Traditionen der Zwischenkriegszeit einerseits sowie Versatzstücke nationalsozialistischer und sozialistischer Deutungen und Praxis andererseits verwoben und wie gleichzeitig internationale Diskurse in der Tschechoslowakei rezipiert wurden. Die Vf. verweisen dabei auf Kontinuitäten und machen zugleich klar, dass die Tschechoslowakei nicht von internationalen Debatten abgeschnitten, sondern vielmehr deren Resonanzraum war, auch und gerade während des Staatssozialismus. Nicht zuletzt die Systemkonkurrenz während des Kalten Krieges schuf demnach eine Atmosphäre, in welcher erstens Behinderte und Roma abgesondert und diese Gruppen zweitens zunehmend gleichgesetzt wurden.

Das Buch gliedert sich in drei chronologisch aufeinanderfolgende Teile, welche die oben dargestellten Stränge jeweils in mehreren Kapiteln zusammenfügen. Der erste Teil befasst sich mit der Zwischenkriegszeit. Volksgesundheit sei, so die Vf., zu einer nationalen säkularen Religion erhoben worden, wobei zu diesem Zeitpunkt Integration (und nicht Segregation) die wissenschaftliche und politische Leitidee war. Dies galt insbesondere Behinderten gegenüber, die durch Arbeit vollständige Mitglieder der Gesellschaft werden sollten. Roma dagegen galten insbesondere in der slowakischen Peripherie (der Karpaten-Ukraine) als ein Problem, weil sie sich schwer assimilieren ließen. Die nicht-assimilierte Romabevölkerung wurde zunehmend kriminalisiert und im Kontext des Hygiene-Diskurses als Bedrohung für den „Volkskörper“ dargestellt. Anhand der Tätigkeit des Anthropologen František Štampach zeigt das Kapitel weiterhin auf, wie der tschechoslowakische mit dem gesamteuropäischen eugenischen Diskurs korrespondierte.

Mit dem Einfluss der nationalsozialistischen sowie der sowjetischen Politik befasst sich der zweite Teil. So wird dargestellt, wie tschechische Experten während des Protektorats eugenische Politik zu begründen und umzusetzen halfen und wie diese auch nach dem Zweiten Weltkrieg weiterwirkten. Zugleich wurde unmittelbar nach dem Krieg unter dem Einfluss der Sowjetunion eine am Lyssenkoismus (dem sowjetischen Gegenmodell zum Darwinismus) orientierte Politik umgesetzt, welche der Idee folgte, durch Lernen und Nachahmung könnten Verbesserungen bewirkt und weitergegeben werden. Der sozialistische Staat beförderte eine Absonderung behinderter Kinder, die nicht nur separat unterrichtet, sondern sehr häufig auch in Heimen untergebracht wurden und dort zu sozialistischen Bürgern erzogen werden sollten. Zugleich gab es eine Tendenz, die Roma als „Volksgruppe“ mit entsprechenden Eigenarten (Sprache, Sitten) anzuerkennen.

Teil drei zeigt dann auf, wie in den 1970er und 1980er Jahren sozio-kulturelle Eigenarten der Roma zunehmend pathologisiert und Romaeltern die Fähigkeit zur richtigen Erziehung abgesprochen wurde, woraufhin Romakinder wie behinderte Kinder zunehmend segregiert wurden. Dies geschah – die These wirkt zunächst überraschend, wird aber überzeugend ausgeführt – auch unter dem Einfluss von Exilanten, die den sozialistischen Staat als

unfähig anprangerten, dem „Romaproblem“ angemessen zu begegnen. Dies habe nämlich zu einer Rückkehr zu älteren Politikstilen geführt. Überwachung, Segregation und schließlich negative Geburtenkontrolle werden in der Studie als strukturelle Gewalt verstanden. Diese strukturelle Gewalt wurzelte, dies wäre die Quintessenz des Werkes, deshalb in der Tschechoslowakei besonders tief, weil dort liberale, nationalsozialistische, sozialistische und schließlich „westliche“ Einflüsse in destruktiver Weise ineinandergriffen.

Die Stärke der Studie liegt darin, dass sie Phänomene zusammendenkt, die in der Regel getrennt betrachtet werden. Indem sie die Politik gegenüber Behinderten und gegenüber Roma wie zwei Folien übereinander schiebt und darüber hinaus die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Einflüsse in den Blick nimmt, gelingt ihr eine überzeugende Darlegung, die auch jenseits der engeren Fragestellung wichtige Erkenntnisse zur Sonderschulerziehung, zur Politik gegenüber den Roma und zum eugenischen Diskurs bietet. Das Wagnis aus der Sozialwissenschaft heraus eine historische Studie zu verfassen, hat sich gelohnt; herausgekommen ist ein gut recherchiertes und empfehlenswertes Werk!

Regensburg

Natali Stegmann

Witold Mędykowski: Macht Arbeit frei? German Economic Policy and Forced Labor of Jews in the General Government, 1939–1943. Academic Studies Press. Boston 2018. XXXII, 418 S., Ill., Kt., graph. Darst. ISBN 978-1-61811-596-8. (\$ 45,95.)

Witold Mędykowski, ein in Israel und Polen ausgebildeter Historiker und Politologe, ist mutmaßlich einer der besten Kenner der Archive des Genozids an den polnischen Juden. Seit beinahe zwei Jahrzehnten erforscht er als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Yad Vashem in Jerusalem die Primärquellen zum Schicksal von rund drei Millionen polnischen Juden, von denen nur etwa zehn Prozent die Verfolgung und die Vernichtung durch die deutsche Besatzungsverwaltung überlebten. Das vorliegende Buch kann bereits jetzt als sein *opus magnum* bezeichnet werden, da es die Ergebnisse seiner minutiösen Archivrecherchen zusammenfasst und Generationen von Historikern des Holocaust ein wichtiges Nachschlagewerk sein wird.

Der Autor verspricht im Klappentext, das Buch sei die „überhaupt erste Studie, die jüdische Zwangsarbeit im Generalgouvernement (GG) in komplexer Weise darstellt“. Um dieses Versprechen einzulösen, referiert er in zwei großen Abschnitten chronologisch die Geschichte der polnischen Juden seit dem Beginn der deutschen Besatzung im Herbst 1939 bis zur Ermordung der letzten überlebenden jüdischen Zwangsarbeiter im Rahmen der sog. „Aktion Erntefest“ im November 1943. Schon in seiner Gliederung folgt das Buch der traditionellen Sichtweise der Forschung über die Shoah in Polen, die von einer Radikalisierung der nationalsozialistischen Verfolgungspraxis nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 ausgeht. Insofern folgt der Autor gewissermaßen der „deutschen Schule“ der Täterforschung und argumentiert in aller Regel fast ausschließlich nicht aus der Perspektive der jüdischen Opfer. Dennoch nutzt er durchaus die einschlägigen Nachlässe jüdischer Institutionen im GG, etwa die Akten der sog. Judenräte oder der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, die von den deutschen Besatzern dazu berufen worden waren, ihre Befehle auszuführen. Wertet man diese Quellen nur in dieser einen Dimension aus, wie zum Beispiel in Kapitel 3 („Forced Labor in the Ghettos and Labor Detachments“), so wird zwar die genozidale Intention, die der jüdischen Zwangsarbeit deutscherseits zugrunde lag, deutlich. Andererseits erfährt der Leser jedoch erstaunlich wenig darüber, welche unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die polnisch-jüdische Gesellschaft die deutschen Forderungen zum „Arbeitseinsatz“ an die jüdischen Institutionen hatten.¹

¹ Zu den sozialen Konflikten im Rahmen des Arbeitszwangs innerhalb der polnisch-jüdischen Gesellschaft u. a. ANDREA LÖW, AGNIESZKA ZAJĄCZKOWSKA-DROŹDZ: Leader-